

Kuntze, Oscar-Erich

Article

Portugal: Geht der Anschluss verloren?

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Kuntze, Oscar-Erich (2002) : Portugal: Geht der Anschluss verloren?, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 55, Iss. 12, pp. 26-34

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/163795>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Stark verlangsamtes Wirtschaftswachstum 2001. Nur moderate Erholung 2002 und 2003. Geldpolitik stimuliert. Finanzpolitik schwenkt auf strikt konsolidierungsbetonten Kurs ein. Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Weiterhin rascher Preisanstieg. Leistungsbilanzdefizit vermindert sich, bleibt aber sehr hoch. Reformpolitischer Stillstand seit Anfang 2000.

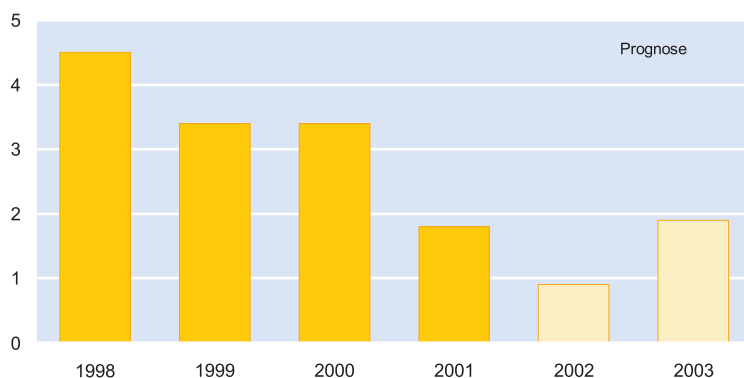
Den Höhepunkt im politischen und sozialen Umfeld des Jahres 2002 bilden bisher die **vorgezogenen Parlamentswahlen im März**. Auslösendes Moment waren die landesweiten Kommunalwahlen vom Dezember 2001, die einem politischen Erdbeben gleichkamen. Seit April hat eine Mitte-Rechts-Koalition die zuvor regierenden Sozialisten abgelöst. Es muss sich noch zeigen, inwieweit sie die seit zwei Jahren nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet ins Stocken geratene Entwicklung wieder in Gang bringen kann.

Im Dezember 2001 erfuhren der Partido Socialista (PS) und die wegen programmatischer Fragen in sich zerstrittenen Kommunisten eine **verheerende Niederlage bei den Kommunalwahlen**, wobei auch die Bürgermeisterposten der wichtigsten Städte an oppositionelle Kandidaten fielen. Dies reflektiert weniger Kritik an der lokalen Amtsführung der Partei und ihrer führenden Repräsentanten, sondern den Unmut der Bevölkerung über die Leistung der vom PS gestellten Landesregierung. Folgerichtig trat Ministerpräsident Guterres sofort zurück, blieb aber bis zu den vorgezogenen Parlamentswahlen geschäftsführend im Amt.

Aus den **Parlamentswahlen** im März ging eine Koalitionsregierung aus dem der rechten Mitte zuzurechnenden Partido Social Demokrata (PSD) und dem rechts-populistischen und EU-feindlichen Partido Popular (CDS/PP) unter dem sozialdemokratischen Premierminister Durao Barroso hervor. Das bedeutet eine Koalition mit dem erst Anfang 2001 im Amt bestätigten sozialistischen Staatspräsidenten Sampaio; eine »coabitacao« hatte es bereits 1985 zwischen dem PSD-Kabinetts Cavaco Silva und dem Sozialisten Soares gegeben, deren permanente Spannungen noch gut in Erinnerung sind. Die im Parlament auf genau die Hälfte der Abgeordneten gestützte, seit 1995 amtierende Ein-Parteien-Regierung Guterres erhielt damit die Quittung für ihre zuletzt fahrig, von häufigen Regierungsumbildungen gekennzeichnete und über weite Strecken von Prestigedenken geleitete sowie zunehmend uneffiziente Regierungsarbeit. Hieraus resultierte nicht nur ein abnehmender Rückhalt bei Gewerkschaften und Unternehmern, sondern auch die Spitzen von Kirche und Armee äußerten sich immer häufiger kritisch. Schon das Jahr 2000, als die Administration mit der portugiesischen Ratspräsidentschaft während des ersten Semesters erheblich überfordert schien, war innenpolitisch verloren. Von den 230 Mandaten entfallen auf das neue Regierungsbündnis 119, so dass dieses nur mit knapper Mehrheit regieren kann; die auf 96 Parlamentssitze abgerutschten Sozialisten wollen jedoch keine Blockadepolitik betreiben. Knappe Mehrheiten steigern erfahrungsgemäß Zusammenhalt und Effizienz der Exekutive. Im vorliegenden Fall gilt es jedoch zu bedenken, dass für den PSD die Wahl um etwa ein Jahr zu früh kam, weil die innerparteiliche Konsolidierung nach Jahren ausgeprägter interner Querelen und Intrigen erst 2000 begonnen hatte und noch nicht abgeschlossen ist. Ferner war das Verhältnis

Reales Bruttoinlandsprodukt

Veränderungsrate in %



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

zwischen den beiden Koalitionären während der letzten Jahre ausgesprochen gespannt. So etwa bezeichnete der neue Regierungschef den Parteivorsitzenden des CDS/PP sogar als persönlichen Feind. Ein Gelingen dieser politischen Übung ist also keineswegs garantiert. Dies umso weniger, als sich das Kabinett (zwölf Minister stellt der PSD, zwei der CDS/PP, und drei sind parteilos) enormen Herausforderungen gegenüber sieht, wie sie ein neuer Anlauf auf praktisch allen Gebieten aus einer längeren Stagnation heraus mit sich bringt. Überfällige Reformen des weithin unzulänglichen Schul- und Gesundheitswesens sowie der öffentlichen Verwaltung ließen ebenso auf sich warten, wie ein Konzept zum Abbau der immer noch sehr großen regionalen Unterschiede. Vor allem aber gilt es eine Strategie zu finden, um den stockenden Aufholprozess gegenüber dem Schnitt der EU-Mitglieder wieder in Gang zu bringen und das Land auf im Zuge der EU-Osterweiterung möglicherweise stagnierende oder gar sinkende Zuwendungen seitens der EU in den Jahren ab 2007 vorzubereiten. Und schließlich gilt es die bei der Bevölkerung sehr unpopuläre unkontrollierte Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte zu kanalisieren.

Wirtschaftspolitisch kommt es zu einem Spagat zwischen dem liberalen PSD und dem sich als Anwalt der Rentner und Familien verstehenden CDS/PP. Primär wird die Konsolidierung der Staatsfinanzen angegangen, was auch schmerzhafteste Ausgabenkürzungen und den Verzicht auf weitere prestigeträchtige, überdimensionierte und überbeuerte Projekte einschließt. Ferner sind der Lohn- und Preisauftrieb erheblich zu dämpfen, was auf erheblichen Widerstand der Gewerkschaften stoßen wird. Das Defizit der Leistungsbilanz soll abgebaut und die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts für ausländische Investoren, die in den letzten Jahren erheblich nachgelassen hatte, erhöht werden. Eine stärker angebotsorientierte Politik einschließlich einer Liberalisierung der von der Regierung Guterres sogar noch verschärften Arbeitsgesetzgebung will man formulieren, die Defizite in der öffentlichen Infrastruktur trotz knapperer Mittel verringern und den personell erheblich überbesetzten öffentlichen Dienst verschlanken. Auch um das Gesundheitswesen (etwa 90 000 Patienten warten auf Operationen), die viel zu langsam arbeitende Justiz und – ausweislich der Pisa-Studie – den Bildungssektor steht es nicht zum Besten. Bei restriktiv ausgerichteter Finanzpolitik ist eine stärker angebotsorientierte Politik zu erwarten. Die Gewerkschaften werden zwar Widerstand leisten. Angesichts eines seit vielen Jahren sinkenden und nunmehr auf rund 25% geschätzten Organisationsgrades dürfte dieser nur punktuell und kurz sein.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2001

Die **weltwirtschaftlichen** Rahmendaten stellten sich wie folgt dar: In den **Vereinigten Staaten** erhöhte sich das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,2%. In **Japan** gingen Nachfrage und

Produktion um 0,5% zurück. In **Mitteuropa** expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um 2,6%. In **Westeuropa** nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,7% zu; in der EU stieg es ebenso stark, während es im Euro-Raum um 1,6% und in Deutschland um 0,6% ausgeweitet wurde. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt 24,4 US-Dollar pro Barrel; das sind ungefähr 14% weniger als im Jahr zuvor. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) verbilligten sich gegenüber dem Jahre 2000 auf Dollarbasis um rund 7%. Der **Wechselkurs des Euro** betrug im Schnitt des Jahres 0,90 US-Dollar; 2000 waren es 0,92 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** hat gegenüber 2000 annähernd stagniert.

In **Portugal** hat der Aufholprozess gegenüber dem Schnitt der EU-Länder 2001 – wie schon 2000 – keine weiteren Fortschritte gemacht, nachdem das Land in den Jahren 1995 bis 1999 diesbezüglich erheblich voran gekommen war. Das **reale BIP** nahm, leicht stimuliert von der Wirtschaftspolitik, mit 1,8% nur geringfügig stärker zu als der EU-Mittelwert. Im Verlauf steht dahinter eine konjunkturelle Abschwächung sowie ein leichter Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion im vierten Quartal – wie in vielen anderen westeuropäischen Ländern auch. Der Export wies zwar weiterhin die höchste Steigerungsrate auf, aber der Schwung war dahin. Da die Einfuhr jedoch gegenüber 2001 stagnierte, nahm das Leistungsbilanzdefizit etwas ab. Die Bruttoanlageinvestitionen – vor allem die Ausrüstungsinvestitionen – gingen zurück. Der private Konsum stagnierte im Verlauf annähernd. Lediglich der öffentliche Verbrauch konnte die relativ hohe vorjährige Expansionsrate halten. Der Preisauftrieb ließ im weiteren Verlauf nur wenig nach und blieb im westeuropäischen Vergleich sehr kräftig. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt blieb günstig.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen erhöhte sich um 3,3% (nach 8,2% 2000). Nach annähernder Stagnation im ersten Halbjahr ging er zurück infolge der weltwirtschaftlichen Flaute, aber auch wegen der nachlassenden preislichen Wettbewerbsfähigkeit portugiesischer Erzeugnisse. Zudem wirkte sich die weltweit schleppende Pkw-Nachfrage deutlich retardierend aus, da etwa ein Fünftel des Warenexports auf Automobile entfiel. Trotz des hohen Dollar-Kurses sind die Lieferungen in den Dollar-Raum zuletzt eingebrochen. Aber auch der Absatz in Westeuropa, dem mit weitem Abstand wichtigsten Auslandsmarkt, nahm zuletzt spürbar ab. Demgegenüber lief der Ausländertourismus vor allem im hochpreislichen Segment sehr gut, so dass ein Rekordjahr verzeichnet werden konnte. Die schwache Inlandsnachfrage führte zu einer Stagnation der **Einfuhr**. Da sich außerdem die Terms of Trade etwas verbesserten, nahm das Defizit der **Leistungsbilanz** in Relation zum BIP auf 9,6% ab.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** sanken um 1/2%. Noch stärker, um 1,2%, wurden die Investitionen in Maschinen und Ausrüstungen gekürzt, bedingt durch sinkende Kapazitäts-

auslastung sowie ungünstigere Absatz- und Ertragsaussichten. Zudem ist die frühere Attraktivität des Wirtschaftsstandorts verloren gegangen. Es kam zwar nicht zu Abwanderungen von Unternehmen, aber Neuansiedlungen blieben aus. Unzulänglich gewordene Produktivitätssteigerungen und überzogene Lohnerhöhungen bilden die wichtigsten Gründe hierfür. Die Bauproduktion wies zwar weiter aufwärts, wenn auch abgeschwächt. Allerdings blieb die Entwicklung extrem gespalten. Einerseits expandierte der mit EU-Mitteln großzügig subventionierte öffentliche Bau sogar noch lebhafter als zuvor; vor allem in die Verkehrsinfrastruktur rund um die großen Zentren floss viel Geld. Andererseits setzte sich die Ende 2000 begonnene Rezession im Wohnungsbau verstärkt fort, obwohl die Zinsen abwärts tendierten. Die hohe Verschuldung der privaten Haushalte, der starke Baukostenanstieg, das nach dem Boom der Vorjahre deutlich gestiegene Angebot an fertigen Objekten wirkten dämpfend. Auch aus dem Boom beim gewerblichen Bau war die Luft raus. Er erreichte nur knapp das Volumen des Vorjahres.

Der **private Konsum** nahm nur noch um 0,8% zu trotz der Einkommensteuersenkung, von der schwerpunktmäßig Bezieher niedriger Einkommen mit hoher marginaler Verbrauchsneigung profitierten. Bei dem durch Konsumentenbefragungen ermittelte Konsumklima setzte sich die seit 1999 Verschlechterung fort. Bremsend wirkten die erheblich schwächer gestiegenen Reallöhne, die verschlechterten Konjunkturerwartungen sowie der stark gestiegene Schuldendienst der privaten Haushalte – ihre Verschuldung lag bei 90% des verfügbaren Einkommens, nach 18,5% 1990. Der **Staatsverbrauch** ist trotz erheblich ungünstigerer Lage der öffentlichen Finanzen mit 2,3% fast im Rhythmus des Vorjahres ausgeweitet worden.

Auf dem **Arbeitsmarkt** – einem Nachläufer der Konjunktur – hat sich die Situation noch nicht verschlechtert. Die Beschäftigung stieg mit 1,6% in kaum verlangsamten Tempo, und die Arbeitslosenquote verharrte im Jahresdurchschnitt bei 4,1%; im westeuropäischen Vergleich ist das eine sehr niedrige Rate. Allerdings wurden die in den Vorjahren verschiedentlich spürbar gewordenen Knappheitserscheinungen seltener. Die Rückwanderung portugiesischer Gastarbeiter hielt an, und die meist illegale Zuwanderung vor allem aus Nordwestafrika und Osteuropa beschleunigte sich.

Der Auftrieb der **Konsumentenpreise** erreichte im Mai den Höhepunkt des durch Energie- und Nahrungsmittelverteuerung, Dollaraufwertung und konjunkturelle Überhitzungserscheinungen bedingten »Inflationsbuckels«. Anschließend beruhigte sich die Inflation, da der Ölpreis sank, der Euro

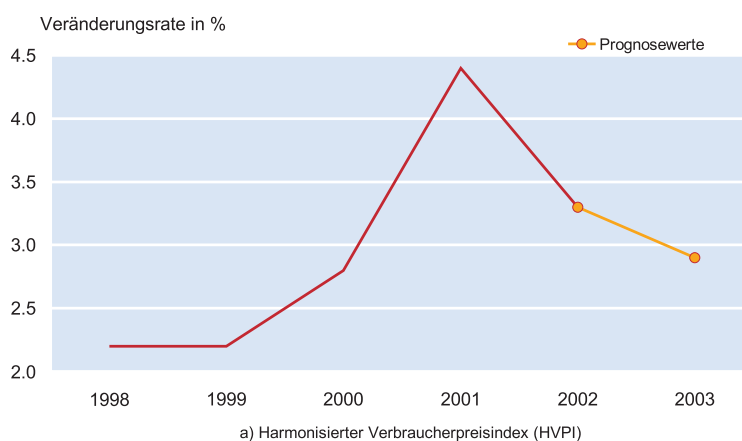
gegenüber dem US-Dollar etwas aufwertete und die Konjunktur sich spürbar abkühlte. Die Verbraucherpreise lagen um 4,4% über dem Niveau des Vorjahres. Dies war eine der höchsten Inflationsraten in Westeuropa.

Wirtschaftspolitik

Im laufenden Jahr wird die Wirtschaftspolitik bremsend auf die Konjunktur wirken, um – dies ist das primäre wirtschaftspolitische Ziel – den Staatshaushalt zu konsolidieren und den Preisanstieg zu verringern. Während die Geldpolitik spürbar stimuliert und der Wechselkurs des US-Dollar für die Exportwirtschaft allmählich ungünstiger wird, ist die Finanzpolitik nun restriktiv ausgerichtet. 2003 könnte sich die insgesamt retardierende Wirkung verstärken. Denn dann macht sich die weitere Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar dämpfend bemerkbar, von der Geldpolitik könnten gegen Ende des zweiten Halbjahrs leicht dämpfende Effekte ausgehen, und die Finanzpolitik bleibt konsolidierungsorientiert. Privatisierungen werden forciert, Maßnahmen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarkts und zum Abbau des überbesetzten öffentlichen Dienstes ergriffen. Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität und der Wettbewerbsfähigkeit sollen das Wirtschaftswachstum erhöhen – der Regierung schwebt auf mittlere Sicht eine um 1½ bis 2% über dem westeuropäischen Durchschnitt liegende Rate vor – und das Leistungsbilanzdefizit verringern.

Die **Geldpolitik** der Europäischen Zentralbank (EZB) zielt weiter auf Preisstabilität ab. Sie stimuliert die Konjunktur im laufenden Jahr spürbar. 2003 dürfte sich zunächst etwa konjunkturneutral, im späteren Verlauf jedoch leicht restriktiv wirken. Bereits im Mai 2001 hatte die EZB ihren zuvor restriktiven monetären Kurs gelockert, obwohl der durch massive Rohölverteuerung, Dollaraufwertung und die Tierseuchen MKS und BSE verursachte Preisschub noch nicht ausge-

Konsumentenpreise^{a)}



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

laufen war und die Expansion der neben dem Inflationsziel als Referenzgröße dienenden Geldmenge M3 deutlich über dem Zielwert lag. Nach den Terroranschlägen vom 11. September in den USA wurde die geldpolitische Lockerung im Schulterschluss mit anderen Zentralbanken fortgesetzt. Insgesamt hat die EZB ihren Schlüsselzins in vier Schritten um insgesamt 1,5 Prozentpunkte auf zuletzt (November 2001) 3,25% gesenkt. Die hieraus resultierenden konjunkturstimulierenden Wirkungen werden sich erst heuer voll entfalten. Mit Blick auf den jetzt 1,75% betragenden Leitzins in den USA und den nur sehr zögernd beginnenden Aufschwung in Westeuropa wird auch jetzt noch verschiedentlich Spielraum für einen kleinen weiteren Zinsschritt nach unten gesehen. Allerdings sind die Konsumentenpreise bis zuletzt (Mai) im Vorjahresvergleich nur noch um 2% gestiegen, doch die Kerninflationsrate liegt nach wie vor über 2%, und die Aussichten auf eine rasche Abschwächung des Preisaufrichts sind gering, so dass die Teuerungsrate (HVPI) im Euro-Raum heuer wohl etwas über dem mittelfristig angestrebten Zielwert der EZB von unter 2% p.a. liegen dürfte. Damit würde das Inflationsziel nun zum dritten aufeinanderfolgenden Mal verfehlt, womit allmählich ein Glaubwürdigkeitsproblem für die Zentralbank entsteht; diese hat denn auch erst kürzlich wieder vor Inflationsgefahren gewarnt. Auch steigt die Geldmenge M3 immer noch erheblich stärker als vorgesehen. Mit zuletzt (im April) 7,6% liegt die Zuwachsrate im Vorjahresvergleich weit über dem – auch für 2003 vorgegebenen – jahresdurchschnittlichen Zielwert von 4,5%. Liquidität zur Finanzierung des Aufschwungs ist also reichlich vorhanden. Weitere Zinssenkungen sind damit unwahrscheinlich geworden. Spätestens um die Jahreswende 2002/2003 ist daher bei in Gang gekommener Konjunktur eine Straffung der monetären Zügel wahrscheinlich. Die dürfte jedoch im Hinblick auf die weitere **Festigung des Euro-Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar** vorsichtig erfolgen; sollte es zu einer ausgeprägten Abwertung des US-Dollar gegenüber dem Euro kommen, wäre allerdings auch eine Zinssenkung denkbar. Die aus dem geldpolitischen Schwenk resultierenden bremsenden Wirkungen auf die Konjunktur wären kaum vor dem Sommer nächsten Jahres zu erwarten. Schon früher wird sich hingegen die Aufwertung des Euro bemerkbar machen, wenn auch der Wechselkurs gegenüber dem US-Dollar für europäische Exporteure noch günstig ist. Die EZB führte bis jetzt in ihren monatlich wechselnden Begründungen für die laufenden Verfehlungen des Geldmengenziels stets Sonderfaktoren an und reagierte verschiedentlich mit kleinen Neudefinitionen von M3. Auf diese Weise ist das Vertrauen in den Euro jedoch nicht zu festigen. Und es drängt sich die Änderung des monetären Referenzwertes, so man an einem solchen festhalten will, auf. Die **Euro-Bargeldeinführung** ging auch hier glatter über die Bühne als erwartet. Die Bevölkerung hatte mit dem Abschied vom abwertungs- und inflationsträchtigen Escudo keine größeren Probleme. Allerdings wurde auch hier die zeitweilig getrübe Preistranspa-

renz im Dienstleistungssektor vor allem vom Hotel- und Gaststättengewerbe zu erheblichen Preissteigerungen genutzt.

Die **Finanzpolitik** wurde nach dem Regierungswechsel und dem hierauf folgenden Kassensturz restriktiv ausgerichtet. Letzterer war überfällig. Im Februar dieses Jahres hatte die EU-Kommission neben Deutschland auch Portugal mit einem »blauen Brief« wegen des zu hohen öffentlichen Finanzierungsdefizits gedroht. Dieser wurde nur abgewendet, weil Deutschland nach massiven Interventionen in Brüssel dessen Zustellung vereiteln und damit aus Gründen der Gleichbehandlung auch Portugal ersparen konnte; Sanktionen, etwa eine Streichung von Fördermitteln, wurden dadurch zunächst vermieden. Wie verdient die Abmahnung allerdings gewesen wäre, zeigt der unlängst erfolgte Kassensturz, welcher für das laufende Jahr ein Finanzierungsdefizit der öffentlichen Hand der Größenordnung von 4,5% des BIP erwarten ließ – 1,9% waren geplant, wobei man ein unrealistisch hohes Wirtschaftswachstum von 1,75 bis 2,25% zugrunde gelegt hatte. Bereits 2001 war der Haushaltsfehlbetrag 2001 unplanmäßig auf 2,7% gestiegen. Unter anderem führten überraschende Haushaltslücken bei den Gemeinden zur Verfehlung des ursprünglichen Ziels von minus 1,1%; zudem verlangt die EU-Kommission, dass als defizit-neutral verbuchte staatliche Investitionszuschüsse an öffentliche Unternehmen defizitwirksam ins Budget hineingerechnet werden, wodurch das Manko weiter steigen würde. Nun will man, gemäß dem der EU gegenüber eingegangenen Versprechen, den negativen Finanzierungssaldo auf knapp 3% des BIP drücken; 2004 soll das strukturelle Defizit fast verschwunden sein. Erreicht werden soll dies mittels Maßnahmen auf der Einnahmen- und auf der Ausgabenseite. Allerdings wird das im Mai gestartete 40-Punkte-Schockprogramm zur Konsolidierung der Staatsfinanzen hierzu vermutlich nicht ausreichen, wie auch das Finanzministerium einräumt. Zur Jahresmitte ist folglich ein Nachtragshaushalt zu erwarten. Die von der abgetretenen Regierung für 2003 angekündigten Senkungen der Körperschaftsteuer von 30 auf 20% wurde zunächst auf 2003 verschoben. Die Planungen für prestigeträchtige, aufwendige und überdimensionierte Großprojekte wie der neue Flughafen für Lissabon sowie gleich vier Eisenbahnhochgeschwindigkeitsstrecken nach Spanien sind auf Eis gelegt worden. Der Höchstsatz der Mehrwertsteuer (die übrigen Sätze bleiben unverändert) steigt am 1. Juli 2002 von 17 auf 19%. Rund 30 staatliche Institutionen werden geschlossen und weitere 40 fusioniert. Den Gemeinden werden Fesseln bei der Schuldenaufnahme angelegt. Im öffentlichen Dienst gilt jetzt ein Einstellungsstopp, es kommt zu Frühpensionierungen, und befristete Arbeitsverträge im öffentlichen Dienst werden vielfach nicht erneuert (die Regierung beziffert die hieraus resultierenden Arbeitsplatzverluste auf rund 10 000, während die Gewerkschaften von ca. 15 000 sprechen). Privatisierungen werden energischer angegangen. Für Wohnungskäufe sozial Schwacher hat man die Zins-

vergünstigungen gestrichen, die Bedingungen zum Bezug des staatlich garantierten Mindesteinkommens werden verschärft. Das Eintreiben von Unternehmenssteuern wird intensiviert; in Italien konnte das Aufkommen auf diese Weise beträchtlich gesteigert werden. Voraussetzung ist jedoch eine erhebliche Aufstockung der Mittel für Steuerprüfungen – von den ca. 230 000 Unternehmen des Landes zahlt nur eine kleine Minderheit Steuern. Auch bemüht man sich, mit der »Logik der Subventionen« zu brechen. Hilfgelder an Unternehmen sollen – und dieses Beispiel wäre auch in anderen westeuropäischen Ländern beherzigenswert – zunächst als Darlehen unter Einbeziehung spezieller Banken gewährt und erst nach partieller oder vollständiger Erreichung der Ziele teilweise oder voll in Unternehmenskapital umgewandelt werden. Zusätzlich können vor allem exportorientierte Firmen 20% der zu zahlenden Körperschaftsteuer für Bruttoanlageinvestitionen oder in Forschung in Entwicklung, die aber innert zweier Jahre getätigt werden müssen, einbehalten; dies ist als Übergangsmaßnahme gedacht, bis der Körperschaftsteuersatz auf 20% gesenkt ist. Andererseits wurden für die Bezieher niedriger Einkommen Erleichterungen beschlossen. Unter allen Umständen wird die Fortführung jener staatlichen, für die infrastrukturelle Verbesserung unabdingbaren Investitionen gesichert, welche die EU im Rahmen der Struktur- und Kohäsionsfonds weitgehend mitfinanziert; diese Zuwendungen belaufen sich auf reichlich 2% des Bruttoinlandsprodukts. Auch das über Jahre hinweg erheblich geschrumpfte Verteidigungsbudget erleidet keine Abstriche.

Die **Lohnpolitik** hält offiziell zunächst noch an dem 1992 mit den Gewerkschaften vereinbarten, auf moderate Lohnanhebungen abstellenden Kurs fest. Obwohl dieser später mit einem »Strategischen Sozialpakt« flankiert wurde, waren die Lohnsteigerungen während der letzten Jahre und auch heuer wieder derart überhöht, dass die auf niedrigen Löhnen als Anziehungspunkt für ausländische Investoren basierende Entwicklungsstrategie immer mehr unterminiert wurde. In die gleiche Richtung weisen die nur noch dem westeuropäischen Durchschnitt entsprechenden Produktivitätsfortschritte bei einem Produktivitätsniveau, das erst bei zwei Drittel des EU-Durchschnitts liegt. Die heuer angelaufene Steuerreform mit ihren steuerlichen Erleichterungen war auch als Gegenleistung für lohnpolitische Zurückhaltung gedacht. Von den Gewerkschaften wurde das indes nur ansatzweise so verstanden. Diese werden vielmehr durch das schwache Wirtschaftswachstum und die tendenziell nachlassenden Preissteigerungen zu größerer Zurückhaltung genötigt. Dies dürfte auch für 2003 gelten. In erster Linie macht sich das bei der Wage-drift bemerkbar, die 2001 noch bei 1 1/2% lag. Bemühungen der Regierung zur Dämpfung des Lohnauftriebs werden durch das rigideste Arbeitsrecht in Westeuropa, welches Entlassungen fast unmöglich macht, sehr erschwert, da Streiks mittel- und unmittelbar so schnell keine Konsequenzen in Form von Arbeitsplatzverlusten haben. Die Löhne dürf-

ten 2002 um ca. 4³/₄% im Jahresdurchschnitt und 2003 um rund 4% steigen, nach 5,8% 2001.

Ordnungspolitisch ist ein jüngst ergangenes Urteil des Europäischen Gerichtshofs von Belang, welches in staatlicher Hand befindliche »Goldene Aktien« zur Verhinderung von Übernahmen privatisierter Unternehmen für unzulässig erklärte. In dieser Sache hatte die EU-Kommission gegen Portugal und Frankreich geklagt. Privaten Unternehmen sollen in die Renten- und Krankenversicherung eingebunden werden. Bis Ende 2003 will man unter anderem die Fluglinie TAP, einen der beiden staatlichen Fernsehkanäle, den Zellulose- und Papierhersteller Portucel, den Stromversorger Electricidade de Portugal, der Mineralöl- und Gasholding Galp-Energia sowie das Institut für Staatsbeteiligungen (IPE) – es hält umfängliche Beteiligungen an Autobahnen, der Wasserversorgung, der Telephongesellschaft etc. – ganz oder teilweise privatisieren. Zudem werden die Modalitäten bei der Gründung neuer oder von Zweigfirmen bestehender Unternehmen vereinfacht und beschleunigt. Eine Flexibilisierung des äußerst rigiden Arbeitsrechts ist geplant, was bereits zu Protesten der Gewerkschaften geführt hat. Die von der letzten Regierung noch Ende 2001 erlassenen Verschärfungen bei Zeitarbeitsverträgen sowie bei Überstundenarbeit will man rückgängig machen.

Arbeitsmarktpolitisch bedeutsam ist der drastische Schwenk bei der Zuwanderung ausländischer Kräfte, wie er auch in Dänemark, Frankreich, Italien und den Niederlanden zu beobachten ist. Diese wurde jahrelang sehr liberal und erst seit Ende 2001 etwas restriktiver gehandhabt. Traditionell ein Auswanderungsland, tut sich die Gesellschaft mit der in den letzten Jahren sprunghaft gestiegenen Einwanderung zunehmend schwer – allein 2001 stieg die Ausländerquote von etwas über 2 auf 3,5%, angezogen vom Arbeitskräftebedarf besonders in der Bauwirtschaft und im Gastgewerbe. Kamen die Immigranten früher überwiegend aus den ehemaligen Kolonien (vor allem aus der Inselrepublik Cabo Verde) und aus Brasilien, also aus den portugiesischen Sprach- und Kulturraum, so schwoll neuerdings die Einwanderung aus Mittel- und Osteuropa (besonders aus der Ukraine, Rumänien, Russland) an. Der wachsenden Animosität der Einheimischen auch gegen afrikanische Zuwanderer wird mit Einwanderungsquoten und der verstärkten Abschiebung illegal Eingereister entsprochen. Zudem wird die Bewilligung zur Immigration von der Fähigkeit zur Integration, dem Nachweis einer Arbeitsstelle und der Stellung des Einreiseantrags im Heimatland abhängig gemacht.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2002

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden unterstellt: In den **Vereinigten Staaten** erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um etwa 2 1/4%. Die gesamtwirtschaftliche Er-

zeugung steigt in **Japan** um ca. $\frac{1}{2}\%$. In **Mitteleuropa** nehmen Nachfrage und Produktion um etwa $2\frac{1}{2}\%$ zu. In **Westeuropa** wird das reale Bruttoinlandsprodukt um reichlich 1% ausgeweitet; für die EU und den Euro-Raum sind ähnliche Raten zu erwarten, während die Zunahme in Deutschland knapp $\frac{3}{4}\%$ beträgt. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jahres bei 24 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für **Industrierohstoffe** (ohne Öl) sinken gegenüber 2001 um ungefähr 3%. Der **Wechselkurs des Euro** bewegt sich im Jahresdurchschnitt innerhalb einer Bandbreite von 0,90 bis 1 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** expandiert in einer Größenordnung von $2\frac{3}{4}\%$.

In **Portugal** erholt sich die Konjunktur nur sehr schleppend. Zwar gibt die Geldpolitik Impulse, aber die Finanzpolitik bremst erheblich, so dass die Inlandsnachfrage nur sehr langsam zunimmt. Zudem wird der Dollarkurs mit fortschreitender Aufwertung des Euro allmählich weniger günstig, und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit sinkt generell infolge überrissener Lohnerhöhungen erneut. Die Gewöhnung an eine, den internen Ressourcen entsprechende Nachfrageentwicklung ist noch nicht abgeschlossen, nachdem man noch bis vor kurzem erheblich über die Verhältnisse gelebt hat. Die hiermit verbundenen Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften stehen noch bevor. Auch ist abzuwarten, ob trotz des neuen wirtschaftspolitischen Kurses die Produktivität schon bald rasch gesteigert und die während der letzten Jahre wesentlich gesunkene Attraktivität des Wirtschaftsstandorts für ausländische Investoren nennenswert gehoben werden kann. Denn der über Jahre hinweg bemerkenswerte Aufholprozess gegenüber dem EU-Durchschnitt stockt seit dem Jahre 2000. Und im Augenblick muss man befürchten, der Anschluss könnte auch mittelfristig verloren gehen, mitbedingt durch die EU-Osterweiterung. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte trotz positivem Swing bei den Vorräten lediglich um knapp 1% expandieren. Das wäre weniger als im westeuropäischen Mittel. Auf eine sehr schleppende Belebung lassen auch die Klimaindikatoren schließen. Die Investitionen stagnieren, der Verbrauch steigt kaum, und die Ausfuhr gewinnt lediglich langsam an Schwung. Auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert sich die Lage, doch bleibt die Arbeitslosenquote im westeuropäischen Vergleich sehr niedrig. Der relativ rasche Preisaufrtrieb beruhigt sich nur allmählich. Das Defizit der Leistungsbilanz nimmt ab, bleibt aber sehr hoch.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen – es ist mit einem Anstieg um etwa 2% zu rechnen – gewinnt im Zuge der weltwirtschaftlichen Erholung nur langsam an Dynamik; ausgehend von einem beträchtlichen negativen Überhang zu Beginn des Jahres. Es werden also Anteile am Weltmarkt verloren, was für ein auf wirtschaftliches Aufholen programmiertes Land bedenklich ist. Zwar gehen von der westeuropäischen Konjunkturerholung ebenso Impulse aus, wie von der nordamerikanischen Wirtschaftsentwicklung.

Insgesamt bleiben diese jedoch schwach. Denn infolge des neuerlich über dem westeuropäischen Durchschnitt liegenden Lohnanstiegs bei etwa gleichlaufendem Produktivitätsfortschritt geht wiederum preisliche Wettbewerbsfähigkeit verloren. Da zudem sehr wenig in Forschung und Entwicklung investiert wird und die Niederlassungen ausländischer Unternehmen nur als verlängerte Werkbänke fungieren, kann dieses Manko auch nicht durch nennenswerte Produktinnovationen wettgemacht werden. Ferner wird der bis zum Herbst 2002 besonders im hochpreislichen Segment boomende Tourismussektor einen empfindlichen Rückgang erleben, wie die bisherigen Übernachtungszahlen und die Buchungen vermuten lassen. Und schließlich wird der Wechselkurs des US-Dollar bei anhaltender Aufwertung des Euro für portugiesische Exporteure immer weniger günstig. Der **Import** dürfte infolge der flauen Konjunktur etwas zurückgehen, zumal bei schwacher Verbrauchsentwicklung der Absatz dauerhafter Konsumgüter sinkt – diese haben vielfach einen hohen Importanteil oder werden zu einem erheblichen Teil komplett eingeführt. Obwohl sich die Terms of Trade nur wenig verbessern, nimmt das Defizit der **Leistungsbilanz** auf eine Größenordnung von 9% ab.

Der **private Konsum** nimmt nur um knapp $\frac{1}{2}\%$ zu. Im Verlauf bedeutet das annähernd Stagnation. Retardierend wirken vor allem die allmähliche Verschlechterung der Arbeitsmarktlage, die restriktiven Maßnahmen der Regierung, die langsamer steigenden Reallöhne sowie das seit Herbst 2001 weit unter dem langjährigen Durchschnitt liegende Konsumklima, welches eine steigende oder zumindest konstante Sparquote erwarten lässt. Auch bildet der Schuldendienst für die privaten Haushalte eine große Belastung, war doch die Verschuldung zwischen 1999 und 2000 von knapp 20 auf annähernd 90% des verfügbaren Jahreseinkommens gestiegen. Die Anhebung des höchsten Mehrwertsteuersatzes um 2 Prozentpunkte zur Jahresmitte bleibt vermutlich nicht die einzige zusätzliche Belastung durch den Fiskus. Die mit der Qualifizierung für die Europäische Währungsunion stark gesunkenen Zinsen haben die Überschuldung vieler Haushalte bisher kaschiert. Die Verschuldung betrifft Hypotheken zum Erwerb von Wohnungs- und Hauseigentum sowie Konsumentenkredite. Bei der schwachen Konjunktur und langsam aufwärts tendierenden Langfristzinsen entstehend zunehmend Probleme. Der **Staatsverbrauch** expandiert infolge der restriktiv ausgerichteten Finanzpolitik um knapp $1\frac{1}{4}\%$.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** entwickeln sich unterschiedlich; insgesamt dürften sie gegenüber 2001 etwas abnehmen. Aufwärts gerichtet, wenn auch nicht im bisherigen Tempo, bleiben die öffentlichen, mit EU-Geldern alimentierten Investitionen, die ganz überwiegend in die Infrastruktur gehen, also die Baukonjunktur stützen. Andererseits setzt sich die ausgeprägte Rezession im Wohnungsbau fort, auf den etwa die Hälfte des Bauvolumens entfällt.

Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten

– in % –

	1999	2000	2001 EU ^{b)}	2002 ^{a)}		2003 ^{a)}	
				EU ^{b)}	OECD ^{c)}	EU ^{b)}	OECD ^{c)}
Bruttoinlandsprodukt	3,4	3,4	1,8	1,5	1,7	2,2	2,7
Inlandsnachfrage	5,5	2,9	0,6	0,8	1,7	1,9	2,7
Privater Verbrauch	4,8	2,6	0,8	0,7	1,1	2,0	2,0
Staatsverbrauch	4,5	2,5	2,3	1,7	2,0	1,0	1,7
Bruttoanlageinvestitionen	7,2	4,8	-0,5	0,5	2,9	2,1	5,0
Exporte ^{d)}	3,2	8,2	3,3	2,4	3,4	6,1	7,8
Importe ^{d)}	8,7	5,7	0,1	0,6	3,0	4,5	6,7
Industrieproduktion (ohne Bau)	3,1	0,4	2,4	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Konsumentenpreise (HVPI)	2,2	2,8	4,4	3,1	3,1	2,4	2,8
Arbeitslosenquote	4,5	4,1	4,1	4,6	4,4	5,0	4,3
Leistungsbilanz (Saldo) ^{e)}	-8,9	-10,4	-9,6	-8,7	-8,7	-8,6	-8,1
Finanzierungssaldo des Staates ^{e)}	-2,2	-1,5	-2,7	-2,6	-2,4	-2,5	-1,8

a) Schätzungen. – b) Kommission der EU, Brüssel, vom April 2002. – c) Organisation for Economic Co-operation and Development, Paris, vom April 2002. – d) Güter- und Dienstleistungen. – e) In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Dämpfend wirkt die vom Bauboom in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre zu einem guten Teil gesättigte Nachfrage, die hohe Verschuldung der privaten Haushalte sowie die schwache Konjunktur. Diese verhindert die Realisierung des vielfach bestehenden Wunsches nach einer Zweitwohnung vor allem an den Küsten. Der in den vergangenen Jahren besonders an der Südküste und auf den Inseln beträchtlich ausgeweitete Bau meist hochpreislicher Hotels leidet unter der mit rückläufigem Ausländerfremdenverkehr sinkenden Kapazitätsauslastung. Und in Fabrik- und Bürogebäuden wird trotz der neuerdings gewährten steuerlichen Förderung nur sehr verhalten investiert, auch weil die konjunkturellen Perspektiven zurückhaltend beurteilt werden. Gleiches gilt für die Ausrüstungsinvestitionen infolge verhaltener Absatz- und Gewinnerwartungen, zumal die Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie etwa dem langfristigen Durchschnitt entspricht. So befindet sich etwa der zuvor stark expandierende Mobilfunksektor in einer Konsolidierungsphase. Ferner gibt es keine Anzeichen für die Ansiedlung neuer größerer Industrieunternehmen durch ausländische Investoren, da der Wirtschaftsstandort Portugal erheblich an Anziehungskraft verloren hat – noch wandern aber keine Unternehmen ab. Der frühere Lohnkostenvorteil ist vor allem an die mitteleuropäischen und asiatischen Länder verloren gegangen, der Ausbildungsstand und neuerdings auch der Arbeitseifer der Beschäftigten werden moniert, das rigide Arbeitsrecht wird stark kritisiert und über die steuerliche Belastung geklagt.

Auf dem **Arbeitsmarkt** verschlechtert sich die Lage allmählich. Die Beschäftigung sinkt etwas, und die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt auf knapp 5% steigen, obwohl die Immigration auch konjunkturbedingt nachlässt. Damit wird allerdings das Maß der Unterbeschäftigung erheblich unterzeichnet. Denn mit rund 700 000 (bei etwa

4,9 Mill. zivilen Erwerbstätigen und 10 Mill. Einwohnern) vielfach schlecht bezahlten und unterausgelasteten Bediensteten ist der öffentliche Sektor weit überbesetzt. Außerdem suchen viele Teilzeitbeschäftigte im Dienstleistungssektor eine Vollzeitstelle. Gut ausgebildete Kräfte bleiben gleichwohl gefragt.

Der Preisauftrieb hat sich im bisherigen Verlauf des Jahres erst wenig beruhigt, obwohl Sonderfaktoren entfallen sind, die der Inflation 2001 so kräftig Auftrieb gegeben haben. Zwar werden die nur schwache konjunkturelle Belebung und der steigende Eurokurs stabilisierend wirken. Aber der kräftige Lohnauftrieb bei mäßigem Produktivitätsfortschritt sowie die Anhebung des Höchstsatzes der Mehrwertsteuer um 2 Prozentpunkte auf 19% zum 1. Juli lassen bei nach wie vor vielfach geringem Wettbewerb auch im weiteren Verlauf des Jahres eine nur allmähliche Verlangsamung des Preisauftriebs erwarten. Die **Konsumentenpreise** dürften um gut 3¹/₄% über dem Niveau von 2001 liegen. Im Schnitt der ersten vier Monate 2002 erhöhten sie sich um 3,5%.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2003

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um rund 3¹/₄%. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um etwa 1¹/₄% zu. Im **Mitteleuropa** steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um ungefähr 3¹/₂%. In **Westeuropa**, in der EU und im Euro-Raum erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um rund 2¹/₂%; in Deutschland beträgt die Zunahme ca. 2¹/₄%. Der Importpreis für **Rohöl** beträgt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt ungefähr 24 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) kosten etwa 7% mehr als 2002.

Der Wechselkurs des Euro liegt im Mittel des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 0,95 bis 1,05 US-Dollar. Das Volumen des Welthandels dürfte in einer Größenordnung von 7% ausgeweitet werden.

In Portugal dürfte das Wirtschaftswachstum neuerlich hinter dem EU-Durchschnitt zurückbleiben, das Land also in dieser Hinsicht weiter zurückfallen, obwohl die Geldpolitik erst im späteren Verlauf des Jahres leicht bremsen wirkt. Restriktive Wirkungen gehen von der Finanzpolitik aus, aber auch von der während der vergangenen Jahre überzogenen Lohnpolitik, die den Status als Billiglohnland unterminiert hat mit der Folge, dass nennenswerte zusätzliche ausländische Investitionen ausbleiben. Während die Inlandsnachfrage nur langsam zunimmt, kommt der Export im Sog des expandierenden Welthandels deutlich auf Touren, wengleich sich der Ausländertourismus erst allmählich erholt und die fortgesetzte Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar die Ausfuhr verteuert. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte sich um knapp 2% erhöhen. Im weiteren Verlauf wird sich das Wachstum nicht mehr beschleunigen. Die Arbeitslosenquote erhöht sich weiter. Andererseits sinkt das wesentlich überhöhte Defizit der Leistungsbilanz nochmals, und der Preisanstieg beruhigt sich weiter, auch weil der Lohnauftrieb allmählich nachlässt.

Die Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen nimmt im Zuge des dynamisch expandierenden Welthandels um knapp 6% zu. Seit einiger Zeit ist die Entwicklung des Welthandels die ausschlaggebende Determinante, weil über Produktinnovationen wenig und durch Ansiedlung neuer, exportorientierter Niederlassungen ausländischer Unternehmen keine Impulse für die portugiesische Ausfuhr zu erwarten sind. Da auch nicht nennenswert von der wieder lebhaften Nachfrage nach technisch hochstehenden Erzeugnissen Anregungen ausgehen und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber mitteleuropäischen und asiati-

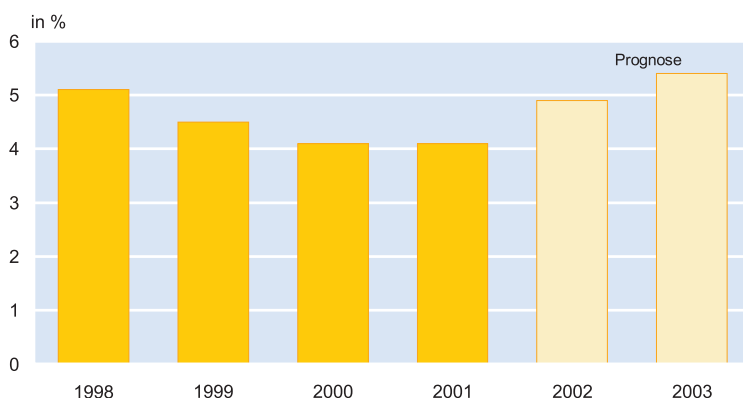
schen Ländern weiter abnimmt, werden neuerlich Marktanteile verloren. Da die Inlandsnachfrage nur mäßig ausgeweitet wird, steigt der Import spürbar langsamer als der Export. Bei nochmals etwas verbesserten Terms of Trade sinkt der Fehlbetrag der Leistungsbilanz auf eine Größenordnung von 7³/₄% des BIP.

Die Bruttoanlageinvestitionen (etwa + 1¹/₂%) erhöhen sich sehr schleppend. Neuansiedlungen oder Kapazitätserweiterungen durch Tochtergesellschaften ausländischer Unternehmen werden nicht in nennenswertem Umfang getätigt. Es muss sogar mit Abwanderungen gerechnet werden, sollte dem gesamtwirtschaftlichen Konsolidierungskurs der neuen Regierung ein deutlicher Erfolg versagt bleiben. Angesichts der schwach wachsenden Inlandsnachfrage und der sinkenden preislichen Wettbewerbsfähigkeit im Export dürfte hauptsächlich in die Rationalisierung und nur wenig in die Erweiterung der Anlagen investiert werden, obwohl sich die Absatz- und Ertragsaussichten spürbar verbessert haben. Die seit Mitte 2002 geltenden steuerlichen Erleichterungen für Investitionen werden die Investitionskonjunktur nicht wesentlich stimulieren, da sie keine einmalige Maßnahme, sondern nur einen Übergang bis zur Verringerung des Körperschaftsteuersatzes darstellen. Der Wirtschaftsbau expandiert folglich ebenfalls verhalten, auch weil die geplante Kapazitätserweiterung im Einzelhandel nicht im vollen Umfang realisiert werden dürfte, der Bedarf an zusätzlichen Büroflächen eher gering ist und größere Hotelprojekte infolge der meist ungenügenden Auslastung kaum noch in Angriff genommen werden. Die Rezession im Wohnungsbau geht weiter, bedingt durch die hohe Verschuldung und die unsicherer gewordenen Beschäftigungsperspektiven der privaten Haushalte sowie die 2002 erfolgte Streichung von öffentlichen Zuschüssen für sozial Schwächere beim Kauf von Häusern oder Wohnungen. Projekte, vor allem in der öffentlichen Infrastruktur, für die EU-Gelder bereitstehen, werden fortgeführt oder neu begonnen, sodass die staatlichen Bauinvestitionen weiter eine wichtige Stütze der Investitionskonjunktur bilden.

Der private Konsum (ca. + 1¹/₂%) wird schleppend ausgeweitet. Kaum zunehmende Beschäftigung, langsam steigende Real-löhne, weitere Einsparungen beim öffentlichen Dienst und im sozialen Bereich lassen die Kaufkraft der privaten Haushalte nur verhalten expandieren. Deren hohe Verschuldung belastet umso mehr, als die Zinsen allmählich weiter anziehen. Außerdem ist mit einer höheren Sparquote zu rechnen. Der öffentliche Verbrauch wird im Zuge der Budgetrestriktionen lediglich um ungefähr 1¹/₂% ausgeweitet.

Auf dem Arbeitsmarkt machen sich moderates Wirtschaftswachstum und die Abstri-

Arbeitslosenquote



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

che im immer noch überbesetzten öffentlichen Dienst deutlich bemerkbar. Die Beschäftigung dürfte gegenüber 2002 knapp stagnieren, die Unterbeschäftigung nimmt zu, und die Arbeitslosenquote erhöht sich auf rund 5¹/₂% im Jahresdurchschnitt. Der Immigrationsdruck lässt nach, wesentlich bedingt durch die schlechteren Beschäftigungsmöglichkeiten im Bausektor.

Der Preisauftrieb lässt noch etwas nach. Die weitere Aufwertung des Euro dämpft den Anstieg der Importpreise, der Lohnauftrieb verlangsamt sich weiter, und nochmalige Anhebungen indirekter Steuern und Gebühren sind nicht zu erwarten. Darüber hinaus resultieren Basiseffekte aus der vorjährigen Mehrwertsteuererhöhung und den Anfang 2002 im Zusammenhang mit der Euro-Bargeldeinführung erfolgten Preisanhebungen. Die **Konsumentenpreise** dürften um knapp 3% über dem Niveau von 2002 liegen.

Abgeschlossen am 17. Juni 2002